

## Regiert Ulbricht „auf eigene Faust“?

SED-Funktionäre beargwöhnen die Eigenwilligkeit ihres Ersten Sekretärs

Seit Chruschtschow und seine Delegation die Sowjetzone verlassen haben, wissen eingeweihte SED-Funktionäre, daß neben den augenfälligen Schaustellungen auch ernstere Partei-gespräche stattgefunden haben. Dabei müssen zwangsläufig Dinge zur Sprache gekommen sein, die Ulbrichts Gefolgsleuten seit langem ein Rätsel sind: Wie kann es sich der Erste SED-Sekretär leisten, laufend die für die Sowjetpartei gültigen Richtlinien Chruschtschows zu mißachten und die Entstalinisierung ganz offen zu behindern? Und immer mehr beginnt sich die Ansicht durchzusetzen: In Pankow wird mit voller Absicht Chruschtschows eine ganz andere Politik als in Moskau gemacht! Ulbricht darf Stalinist bleiben, weil viele Züge der Moskauer „Entstalinisierung“ nur zweckbedingte Fassade sind...

Da ist beispielsweise das kollektive Führungsprinzip der Partei. Während Moskau ausdrücklich die Leninsche „kollektive Leitung“ in Partei- und Staatsapparat betont, unternimmt Ulbricht unverkennbare Schritte in Richtung Einmann-diktatur.

Von den Experten sorgfältig registrierte Umstellungen im Zentralkomitee der SED deuten darauf hin, daß Ulbricht wie in den Zeiten vor 1954 ein „persönliches Sekretariat“ bilden will, mit dem er allein praktisch den gesamten Staats- und Parteiapparat kontrollieren kann. Kein anderer KP-Chef hat gegenwärtig in seinem Land ein derartiges Maß an persönlicher Macht konzentriert wie Ulbricht. Dessen damit verbundene Absicht ist durchsichtig genug: Ulbricht möchte allen, die ihn stürzen wollen, bereits vorher die parteipolitische Basis entziehen und die Sowjets, die ihn eines Tages abberufen könnten, vor fertige Tatsachen stellen: Wenn ich gehe, fällt der ganze Laden auseinander; dafür habe ich schon gesorgt...!

### Komplizierte Agrarpolitik

Ähnlich ist es in der Agrarpolitik. Während Chruschtschow in den vergangenen Monaten die sowjetische Landwirtschaft

gewissermaßen „entbürokratisierte“ und Tausende von „Erfassungs- und Kontrollfunktionären“ in die Wüste schickte, kompliziert Ulbricht ganz offensichtlich das landwirtschaftliche Getriebe der Sowjetzone und verschärft sogar noch die mannigfaltigen Ablieferungs- und Kontrollvorschriften. Während Moskau unzählige Verwaltungskräfte aus der Landwirtschaft abzieht, steckt Ulbricht dort die aus den Ministerien zwangsentlassenen SED-Beamten hinein. Ulbrichts gesamte Agrarpolitik läuft derzeit in genau entgegengesetzter Richtung wie die Chruschtschows!

Ulbrichts Dezentralisierung und Verminderung des Verwaltungsapparates ist ein Täuschungsmanöver. Entlassen werden nicht die während der letzten Jahre überzählig eingestellten Funktionäre, sondern jene, die keine Protektion genießen. Übrigbleiben wird eine durch Vettern- und Cliquenwirtschaft versippte „Elite“, die das sowjetzonale Verwaltungschaos erst heraufbeschworen hat und künftig noch zu verschlimmern droht. Könnte man das, wenn es nicht stillschweigend geduldet würde, auf die Dauer vor den in alle Ministerien hineinreichenden Augen der Sowjets verbergen?

### Ulbricht behindert KPD

Eines aber ist nicht im Sinne Chruschtschows. Dieser ist gegenwärtig stark interessiert an einer aktiven Westpolitik der in der Bundesrepublik illegalen KPD. Chruschtschow selbst lebt in dem Glauben — viele seiner Äußerungen lassen das vermuten —, daß die verbotene KPD wenigstens im Untergrund noch immer eine beachtliche Macht darstellt. Erweist sich dies eines Tages, vielleicht bereits nach den Bundestagswahlen, als Fehlspekulation, wird man in Moskau die Ursachen dafür suchen. Das heißt, daß sich KP-Chef Max Reimann und sein „Zentralkomitee“ in irgendeiner Form rechtfertigen müssen. Was aber kann Reimann zu seiner Rechtfertigung vorbringen? Etwa, daß ihn Ulbricht in jeder Weise behindert? Daß die SED auf Weisung Ulbrichts alle politischen und konspirativen Fäden der KPD an sich gerissen hat und daß Reimann selbst heute nur noch eine Randfigur der kommunistischen Westpolitik ist, die nach Erlaubnis Ulbrichts gelegentlich über den „Deutschlandsender“ sprechen darf?

Das ist keinesfalls im Sinne Chruschtschows. Aber all die anderen Winkelzüge Ulbrichts, die den SED-Funktionären gegenwärtig Kopfzerbrechen bereiten, werden offenkundig geduldet. Hätte Chruschtschow nicht seinen Segen dazu gegeben, nie würde Ulbricht derartige Abweichungen von der Moskauer Linie wagen. Ulbricht und Chruschtschow haben hier eine antideutsche Interessengemeinschaft gebildet, die keinen Raum mehr für sachliche Deutschland-Diskussionen läßt.

## Lob der Autorität

DT. Die großen Worte, mit denen die Parteien um den Sieg im Wahlkampf ringen, dauern noch vier Wochen an. Dann werden die Stimmen gezählt und die Entscheidung ist gefallen. Wir können nur wünschen, daß es nach dem 15. September vernünftige Gewinner und gute Verlierer geben wird, die ihre in der Hitze des Gefechtes geprägten Parolen vergessen und aus dem Wahlergebnis nüchtern ihre Folgerungen ziehen. Die wichtigste Folgerung ist immer wieder die, daß die beiden großen Parteien, ganz gleich wie die Würfel fallen, das Notwendige möglichst gemeinsam tun. Wir werden dann sehen, daß weder Deutschland untergehen, noch die deutsche Demokratie von einer autoritären Einpartei-Herrschaft zu Grabe getragen werden wird. Das ist nämlich die neueste Parole des Wahlkampfes: daß bei einem dritten Wahlsieg des Bundeskanzlers das demokratische Leben in Deutschland erlöschen werde.

### Dauerherrschaft einer Partei?

Zweifelloos gibt es bei uns einen Trend zum Zweiparteiensystem. Er geht vom Wähler selbst aus und das ist gut. Diese Entwicklung wurde soeben von Dr. Schäffer, der als Bundesfinanzminister lieber mit zwei als mit fünf sich anbietenden Parteien zu tun hat, ausdrücklich mit dem Ruf an die Wähler gefördert, eine der beiden großen Parteien zu wählen. Wir hoffen, daß diese Tendenz sich in den kommenden Wahlen fortsetzt, damit nicht eine kleine Partei zwischen den beiden großen darüber entscheidet, welche von ihnen regieren und welchen Kurs sie steuern soll. Das wäre eine grobe Verzerrung des politischen Meinungsbildes und alles andere als der Ausdruck vollendeter Demokratie.

In die Tendenz der Wähler zum Zweiparteiensystem ist natürlich eingeschlossen, daß normalerweise eine der beiden Großen regiert und die andere in Opposition steht. Das kann sich mit gleicher Verteilung der Rollen für mehrere Legis-

laturperioden wiederholen. Nichts aber berechtigt in solchem Falle zu dem von der SPD ausgestoßenen Alarmruf, daß mit einem neuen Wahlsieg der Kanzlerpartei die Gefahr einer dauernden Einpartei-Herrschaft und mit ihr der Untergang der Demokratie drohe. Es gab und gibt zwar in den demokratischen Ländern alter Tradition gelegentlich langwährende Regierungsperioden einer der beiden Parteien, aber das ist nicht die Regel. Die gegnerische Partei hat immer wieder ihre Chance. In den USA hatten wir die von Roosevelt getragene 20jährige Regierungsperiode der Demokraten und in Kanada die der Liberalen, die jetzt zu Ende gegangen ist. Eine solche Regierungsperiode, die selten ist, fordert von der in Opposition stehenden Partei sicher Geduld, aber auch ein korrektes demokratisches Verhalten, was beides nicht gerade zu den politischen Tugenden der deutschen Parteien gehört. Wir haben im übrigen in der Handhabung einer im wesentlichen auf der Spannung zweier Parteien beruhenden Regierungsführung weder Tradition noch Erfahrung; wir müssen vielmehr noch manches lernen und vieles besser machen.

Solche längerwährenden Regierungsperioden einer der beiden Parteien kommen meist nicht aus der Trägheit der politischen Herzen und nicht, wie eine Pariser Zeitung nach Adenauers Wahlsieg 1953 feststellte, aus einem der Obrigkeit ergebenden Herdentrieb „der“ Deutschen. Sie beruhen vielmehr meist auf dem besonderen Vertrauen, das einem Staatsmann auf Grund seiner Leistung weiter gewährt wird. So war es bei der dreimal erfolgten Wiederwahl Roosevelts und so war es bei dem großen Wahlsieg Adenauers 1953. Sollte er mit seiner Partei wiederum die Wahl gewinnen, so wird man jedenfalls nicht gut sagen können, daß darin nicht das Vertrauen zu einer unbestreitbaren Leistung, sondern nur ein „autoritäres Denken“ der Wähler zum Ausdruck komme. Der letzten Meinung ist Erich Mende von den Freien Demokraten, der soeben im Hinblick auf die kommende Wahlent-

scheidung erklärte, daß viele Deutschen so sehr diesem „autoritären Denken“ wieder verfallen seien, daß sie nicht mehr nach dem Programm der Parteien, sondern nach den Personen fragten. Richtig! Es gibt tatsächlich in großer Zahl Wähler, die leider die Erfahrung gemacht haben, daß die Programme der Parteien ziemlich tot sind, — nach den Wahlen meist noch mehr als vorher. Sie ziehen es deshalb vor, sich an lebendigen Persönlichkeiten zu orientieren, denen sie vertrauen, ohne ihnen mit dem „autoritären Denken“ untertäniger Ergebenheit unkritisch gegenüberzustehen.

### Reinhold Maiers Sorge

Der Vorsitzende der Freien Demokraten, Reinhold Maier, hat nun die wahltaktische Sorge um die Zukunft der deutschen Demokratie mit der Behauptung auf die Spitze getrieben, daß der Bundeskanzler, wenn er nochmal die absolute Mehrheit erhalte, den „demokratischen Laden zumachen werde“. Er wandte sich ebenso ungewöhnlich wie unpassend an die Amerikaner mit dem Vorwurf, daß sie in der Bundesrepublik „für die falschen Demokraten und gegen die zuverlässigen Demokraten“ optiert hätten. Sie hätten nämlich einer politischen Richtung den Vorzug gegeben, die offenkundig mit dem „Autoritätsstaat“ liebäugle, und sich mit einem Staat verbündet, der ins Autoritäre abgleite. Wir haben den Eindruck, daß hier Reinhold Maier selbst abgeleitet, wenn er einem befreundeten Volke einzureden sucht, daß die falschen Demokraten um den Bundeskanzler und die richtigen um ihn selbst gruppiert seien.

Hier wird von einem patentierten Demokraten ein nicht ganz lautes Spiel mit den Begriffen „autoritär“ und „Autorität“ getrieben. Der verfassunggebende Parlamentarische Rat hat nun einmal dem Bundeskanzler politisch und staatsrechtlich eine Stellung gegeben, die sehr stark ist. Das geschah auf Grund der Erfahrungen, die wir in den Jahren der Weimarer Republik mit der Regierungsführung gemacht haben,

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Gute Erfahrungen mit Rentenreform

### Befürchtungen über Inflation haben sich nicht bewahrheitet

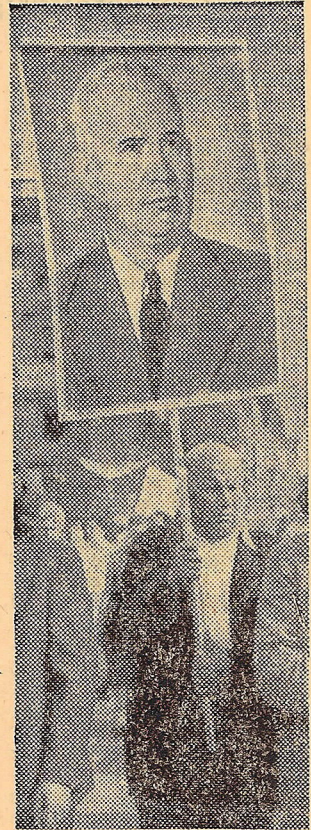
Bonn (AP). In den wenigen Monaten seit dem Inkrafttreten der Rentenreform habe sich gezeigt, daß dieses Gesetz „eine wirkliche Wende der Sozialpolitik“ sei und den Rentenempfängern eine fühlbare zusätzliche Hilfe gebracht habe. Dies erklärte Bundeskanzler Adenauer im Bulletin der Bundesregierung. Er betonte, die Rentenempfänger hätten von ihrem erhöhten Einkommen „vernünftigen Gebrauch“ gemacht, so daß sich glücklicherweise die Befürchtungen nicht bewahrheitet hätten, daß die lohnverbundene Rente eine inflationistische Wirkung haben würde. Das Verhalten der Rentner, so sagte Adenauer, habe die Rentenumstellung nachträglich gerechtfertigt.

Die SPD-Fraktion des Bundestages hat sich damit einverstanden erklärt, daß die erste Sitzung des am 15. September neu zu wählenden Bundesparlaments in Berlin stattfindet. Sie beantwortete damit eine entsprechende Anfrage des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier. Auch führende Politiker der CDU/CSU und der FDP haben sich dafür ausgesprochen, daß die konstituierende Sitzung des neuen Bundestages in Berlin stattfindet. Die Anregung Gerstenmaiers gilt damit als gesichert.

Für die letzte Bundestags-sitzung am 29. August will die

## Logenplatz im Himmel

Crosby, Minnesota (AP). Der amerikanische Fliegermajor David Simons hat in einem heliumgefüllten Plastikballon eine Höhe von 31 090 Metern erreicht und damit den bisherigen Höhenrekord für bemannte Ballons, der bei 29 260 Metern lag, beträchtlich überboten. Privatfunker wollen sogar eine Meldung Simons' gehört haben, wonach er bis auf 35 966 Meter Höhe gekommen sei. „Ich habe einen Logenplatz im Himmel — es ist unbeschreiblich“, war der begeisterte Kommentar des Fliegeroffiziers, als er am Dienstagvormittag 15 Stunden nach seinem Aufstieg den Rand der Stratosphäre erreicht hatte.



**GLEICH DOPPELT?** Trägt Chruschtschow seinen eigenen Pappkopf? Nein, ein einfacher Osterliner Genosse demonstrierte zu Ehren des Besuchs der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation. Eigentlich trug dieser Genosse den Pappkopf Mikojans und sein rechter Nebenmann den des sowjetischen KP-Chefs. Aber unseren Retuscheur reizte diese kleine Bildmontage.

## Streik von Lodz abgewürgt

### Regierung: „Wir können nicht zahlen“

Lodz (AP/DPA). Polnische Polizei- und Truppenverbände haben den dreitägigen Streik der Straßenbahner in Lodz abgewürgt. Ihre Lohnforderungen konnten die Arbeiter nicht durchsetzen. Nach zum Teil heftigem Handgemein besetzten Hunderte von Soldaten die Straßenbahndepots und zwan-

gen die Fahrer, die Bahnen in Betrieb zu setzen. Die Regierung wiederholte ihre Zusage, die Löhne der Straßenbahner in ganz Polen geringfügig zu erhöhen, erklärte sich aber wegen der finanziellen Notlage außerstande, die weitergehenden Forderungen der Arbeiter von Lodz zu erfüllen.

## Erstaunliche Klage

DT. Es ist etwas Furchtbares geschehen. Der Chefredakteur der prokommunistischen „Neuen Zeit“ in Ostberlin hat ein amerikanisches Einreise-Visum nicht erhalten, das er beantragt hatte, um an der in Minneapolis stattfindenden Dritten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes teilzunehmen. Das ist bedauerlich; denn ein notorischer Mitläufer des Kommunismus hätte dort vielleicht Eindrücke gewonnen, die ihn zum Nachdenken über seine Begeisterung für den Marxismus-Leninismus anregen konnten. Von zuständiger amerikanischer Seite in Berlin wurde zu dem Vorgang, über den sich die genannte Zeitung umfangreich beklagt, gestern erklärt, daß der Visum-Antrag zu spät eingereicht worden sei, um noch ordnungsgemäß erledigt zu werden; eine Reihe von Bewohnern der Zone und Ostberlins, die ihre Anträge rechtzeitig stellen, hätten das Visum erhalten.

Wer sich im Namen der Freiheit beklagt, wie es die „Neue Zeit“ pathetisch unternimmt, der muß im Namen der Freiheit auch eine „saubere Weste“ haben. Und in dieser Beziehung ist es leider um die beschwerdeführende Zeitung mehr als traurig bestellt. Es ist ein offenbar durch die kommunistische Umerziehung bewirkter Mangel an objektivem, logischem Denken und eine Anmaßung dazu, wenn dieses

Blatt, das bisher zu den von den Machthabern in Pankow verhängten Verboten der Einreise in die Zone oder der Ausreise aus ihr tapfer geschwiegen hat, sich plötzlich darüber beklagt, daß anderswo ein Visum verweigert worden sei. Wir haben von dieser Zeitung nicht ein einziges Wort der Kritik gehört, als angesehenen Theologen der Zone die Ausreise zum Besuch kirchlicher Tagungen versagt wurde. Unter ihnen sollen sich auch Vertreter der Evangelischen Kirche befinden; die gleichfalls nach Minneapolis reisen wollten. Wir haben ferner von diesem prokommunistischen Blatt nicht die leiseste Beschwerde gehört, als den Studenten und Oberschülern der Zone die Ausreise zum Besuch des freien Teiles

Deutschlands so gut wie unmöglich gemacht worden ist. Die merkwürdige Zeitung blieb völlig stumm, als Bischof Dibelius wiederholt daran gehindert wurde, zur Erfüllung seiner Amtspflichten als deutscher Kirchenführer in die sogenannte Deutsche Demokratische Republik einzureisen —, auch wenn die „Reise“ nur nach Potsdam führen sollte. Wir haben in dieser Zeitung noch nie die leiseste Klage darüber gehört, daß die kommunistischen Machthaber der Zone, denen sie willig dient, den Bewohnern Westberlins meist kein „Visum“ geben, wenn diese einmal in die Zone reisen wollen. Es gibt hier brutalste Fälle der Verweigerung der Einreise, die ein wahres Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwandtschaftlicher oder freundschaftlicher oder einfach deutscher Beziehungen sind.

## „Zur Begegnung mit Rom bereit“ Lutherischer Weltbund studiert katholische Kirche

Minneapolis (epd). Der Lutherische Weltbund beabsichtigt die Errichtung eines konfessionskundlichen Instituts, das sich mit dem Studium des römischen Katholizismus befassen soll. Generalsekretär Dr. Lundquist, der vor der Vollversammlung in Minneapolis Aufgabe und Ziel des neuen Instituts erläuterte, sagte, der Lutherische Weltbund sei zu einer wirklichen Begegnung mit der Römischen Kirche bereit. Der Weltbund sehe in dem gründlichen Studium der anderen großen christlichen Konfession

eine wichtige Aufgabe. Würde er ihr ausweichen, so könnte er seiner ökumenischen Verantwortung auch auf anderen Gebieten nicht voll gerecht werden.

Präsident Bischof Lilje sprach sich gleichfalls für den neuen Plan aus und erklärte, die Katholische Kirche sei heute nicht mehr dieselbe wie zu Luthers Zeiten, sondern habe eine Wandlung durchgemacht, die man erkennen müsse. Es wäre zu wünschen, daß sich auch andere protestantische Körperschaften und auch der Weltkirchenrat an den Aufgaben des geplanten Instituts beteiligten. „Jede Generation von Protestanten muß noch einmal die Entscheidung des 16. Jahrhunderts, die zur Reformation führte, nachvollziehen“, sagte D. Lilje. „Wir sollten in der Lage sein, zu sagen, warum wir heute nicht Katholiken sind.“ Das neue Institut werde Gelegenheit zu einem freien und offenen Austausch zwischen Lutheranern und römischen Katholiken geben.

Der ungarische Bischof Ordasz wurde bei einem feierlichen Empfang, den die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden in Minneapolis der Lutherischen Weltbundkonferenz gaben, durch lang anhaltenden Beifall geehrt.

## Radioaktivität unter Kontrolle Regelmäßige Messungen im Bundesgebiet

Bonn (Eigenbericht). Die Radioaktivität der Luft und des Regens wird von zahlreichen Meßstellen im ganzen Bundesgebiet seit einiger Zeit regelmäßig überwacht. Gleichzeitig finden Untersuchungen der Radioaktivität des Fluß- und Oberflächenwassers, des Bodens und des Bewuchses sowie der Nahrungsmittel statt. Die Ergebnisse werden vom Sonderausschuß „Radioaktivität“ laufend ausgewertet, der in nächster Zeit seinen ersten vorläufigen Bericht über diese Untersuchungen vorlegen will. Nach

Mitteilungen des Bundesatomministeriums hat sich bisher keine Zunahme der Radioaktivität ergeben, die zu Besorgnis Anlaß gibt!

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß die künstliche Radioaktivität in der Regel einige Zeit nach Atomversuchsexplosionen stark ansteigt, sich aber schon nach kurzer Zeit wieder normalisiert. Eine gleichmäßige Zunahme ist nicht beobachtet worden, jedoch ergaben die Messungen teilweise beträchtliche Schwankungen, die allerdings örtlich sehr verschieden sind.

So sind sie wirklich:

## Ein Emigrant, der nie heimkehren wollte ...

Seit der in den letzten Jahren recht vorsichtig gewordene Majanowski-Plagiator Kurt Bartel (Kuba) unlängst einen scharf pointierten Angriff gegen SED-Kultusminister Becher richtete, hält sich in sowjetzonalen Funktionärskreisen die hartnäckig verfochtene Ansicht, Johannes R. Becher werde nicht mehr lange Ministerwürde genießen. Kuba, so sagt man, hätte diesen Angriff nie ohne entsprechende Ermunterung gewagt. Zur gleichen Zeit beginnen auch die Spekulationen um einen möglichen Nachfolger, den man in Alfred Kurella, einem wenig an die Öffentlichkeit tretenden Kommunisten, sehen möchte.

Kurella hat zu dieser Spekulation einen eigenen Kommentar gegeben. In der Ostberliner Künstlerkneipe „Möwe“ meinte er kürzlich ganz nebenbei: „Wenn ich mal Minister werde, wird Genosse Kuba dann mit mir zufrieden sein?“

### Ein dringender Ukas

Wer Kurella kennt, weiß, daß er nichts in den Wind redet. Es gibt Ostjournalisten, die in Kurella mehr Wissen um die sowjetzonale Kulturpolitik vermuten als im gesamten Kultusministerium. Was aber ist dieser merkwürdige Kurella für ein Mann?

Der heute 62jährige ist in Bries/Rheinland als Sohn einer stockbürgerlichen Beamtenfamilie geboren, absolvierte das Gymnasium in Bonn und die Kunstgewerbeschule in München. Sein Kontakt mit den Kommunisten rührt aus der Zeit des ersten Weltkrieges, nach dem er der Sozialistischen Jugend und bereits 1919 — als eines der ersten Mitglieder — der KPD beitrug. Noch im gleichen Jahr machte er die Bekanntschaft Lenins, den er mit der ersten offiziellen KPD-Delegation in Moskau besuchen darf. Kurella weiß noch heute zu berichten, daß ihm Lenin

## ALFRED KURELLA



den Posten eines hohen Ministerialbeamten im damaligen Volkskommissariat für Erziehung und Kultur angeboten hat. Kurella wollte annehmen, nur ein dringender Ukas aus Berlin hielt ihn davon ab.

### Nur als Schriftsteller?

Fortan bereiste Kurella — mit dem Garantieschein sowjetischer Staatsverlage in der Tasche — die weite, bunte Welt. Sein unbestreitbares Verdienst ist, eines der ersten enthüllenden Bücher über den in Italien aufkommenden Faschismus geschrieben zu haben („Mussolini ohne Maske“). Bereits 1924/25 leitete er in Paris die Zentrale Arbeiterschule der französischen KP. Zu dieser Zeit kam der Verdacht auf, Kurella reise nicht nur als Schriftsteller in der Welt umher, sondern sei eines der Asse der sowjetischen Kommunistischen Internationale. Kurz vor Hitlers Machtgreifung ging er als Sekretär zur „Internationalen Bewegung gegen Faschismus und Krieg“ wieder nach Paris. Henri Barbusse hatte ihn geholt. 1934

aber ging er nach Moskau, um 20 Jahre dort zu bleiben.

In Moskau genoß Kurella ein Ansehen, das weit über das eines Schriftstellers hinausgegangen ist. Als Leiter der Bibliographischen Abteilung der Moskauer Staatlichen Bibliothek für Auslandsliteratur hatte er einen der unbedingten Vertrauensposten zu besetzen. Wer sich ein Bild von diesem Mann machen will, der lese sein Buch: „Ich lebe in Moskau“ (in Deutschland erschienen 1947). Seine weltpolitische Konzeption dürfte in dem Buch „Ost und/oder West“ enthalten sein.

### Wollte bei Lenin bleiben

Jüngere deutsche Kommunisten, die ihm während des Krieges im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ begegneten, berichten, daß ihnen Kurella stets wie ein Mann erschienen sei, der keine Bindungen mehr zu Deutschland besitze. Wenn die Sprache auf Berlin und auf die Heimat kam, pflegte er müde die Achseln zu zucken: „Was soll's? Unsere Aufgabe ist überall auf dieser Welt!“ Er versuchte, auf seine Art ein Weltbürger zu sein. Enge Freundschaft verband ihn mit Ilja Ehrenburg, dem einstigen kommunistischen Kosmopoliten, der unter Stalin zerbrochen und zu einem der parteitreuesten Schreiber wurde.

Kurellas Übersetzungswerk ist internationaler Anerkennung wert. Er machte den Europäern nicht nur russische Klassiker der zweiten Garnitur, sondern auch die mannigfaltige Vorrevolutionärliteratur zugänglich. Niemand wußte, warum dieser Mann 1954 nach Ostberlin zurückgegangen ist. Die SED ernannte ihn sofort zum Mitglied der Akademie der Künste und zum Direktor des Deutschen Instituts für Literatur in Leipzig. Kurella hat sich durch keinerlei „Aufbauliteratur“ revanchiert. „Er ist unheimlich!“ sagen seine Kollegen von diesem im Hintergrund lebenden Mann. Und trauen ihm alles, auch einen neuen Minister, zu.

## Reporter-Schau im Oderbruch

### SED-Funktionäre besichtigen das Werk ihrer Planung

In Begleitung von nahezu 100 Reportern der Ostpresse fuhr an einem der letzten Wochenende 1400 Funktionäre und Angestellte aus Ministerien und Verwaltungen ins Oderbruch, um ihren ersten „Sozialistischen Sonnabend“ abzudienen. Dies wird sich künftig jeden Sonnabend wiederholen, nur werden es von Mal zu Mal weniger „Prominente“ sein. Bei jener Gelegenheit ließen sie sich noch auf dem Traktor und mit dem Spaten in der Hand fotografieren. Man lieferte eine „Schau“, aber die umstehenden Landarbeiter und Kollektivbauern könnten anderes darüber erzählen. Sie allein wissen nämlich, warum man das einstmals blühende Oderbruch heute gewaltsam „kultivieren“ muß.

Wie sieht es denn aus im Oderbruch, für dessen Wiederaufbau die Ostberliner „Nationale Front“ die Patenschaft übernommen hat? Hier im Oderbruch hatte die SED in den letzten zwei bis drei Jahren entgegen den Warnungen selbst kommunistischer Fachleute Kollektivierungsmaßnahmen durchgeführt, die aus blühenden Bauernwirtschaften über Nacht zusammengestopelte Kollektive machten. Gepflegte Gemüseplantagen wurden ohne Rücksicht auf die örtlichen Gegebenheiten zu „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ umgewandelt. Land geflüchteter Bauern blieb unbestellt. Die Kollektivbauern aber hatten plötzlich — wer könnte ihnen dies verdenken — gar kein Interesse mehr an der mühevollen Bestellung der Felder mit Früh- und Edelgemüse.

### Der Fall Letschin

Typisch ist der Fall der LPG Letschin im Landkreis Seelow, die mit 1300 Hektar Land zu den größten des Oderbruchs gehört. Diese LPG hat von ihren 1300 Hektar besten Ackerbodens in diesem Jahr nur 40 Hektar für den Gemüseanbau ausgenutzt. Grund: keine Arbeitskräfte! Zuvor aber, als dieses Land noch Einzelbauern gehörte, war nicht ein Mann mehr für die Bestellung des Bodens vorhanden. Allerdings brauchte man da auch noch keinen 17köpfigen Antreiberstab, keinen Kulturbeauftragten und kein Heer von Wirtschaftsfunktionären.

Derart zusammengewürfelte Kollektive benötigen aber auch neue Scheunen und Stallungen. Der Staat kann sie ihnen nicht geben, weder Geld noch Ar-

beitskräfte vermag er beizusteuern. Während die Ostberliner Bevölkerung in diesem Jahr so gut wie gar kein Frühgemüse bekam, mußten im Oderbruch Tausende von Zentnern Gemüse verfaulen, weil diese nicht gelagert bzw. rechtzeitig abgefahren werden konnten. So sieht es in Wirklichkeit aus um den Kollektivierungserfolg der SED im einst als Gemüsegarten Berlins bekanntem Oderbruch. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die jenseits der polnischen Grenze liegenden Oderbruch-Gebiete heute nur noch sumpfiges Moorland sind...

### Vieweg hatte gewarnt

Der in den Westen geflüchtete SED-Landwirtschaftsexperte Professor Vieweg hatte in seinen Warnungen an das Zentralkomitee gerade das Oderbruch immer wieder hervorgehoben. Vieweg warnte vor neuen Kollektivierungen, ehe der Staat nicht die Voraussetzungen dazu schaffen könne. Mit der Einrichtung einer MTS-Station ist es in dieser Gegend eben nicht getan. Mehr als Traktoren fehlen hier die denkenden Hände der alten Oderbruch-Bauern, die sich heute mit Recht verbittert in den Hintergrund schieben.

Von den rund 600 Mitarbeitern des Ostberliner Landwirtschaftsministeriums, die sich vor drei Wochen im Gebiet von Sachsendorf, Tucheband, Rathstock und Letschin von der Arbeit fortzudrängen suchten, mögen etliche schuld an diesem Dilemma gewesen sein. Ihre Aufgabe war, Moorboden zu kultivieren, wo vor ihren ministeriellen Bemühungen einmal fruchtbares Gemüseland ge-

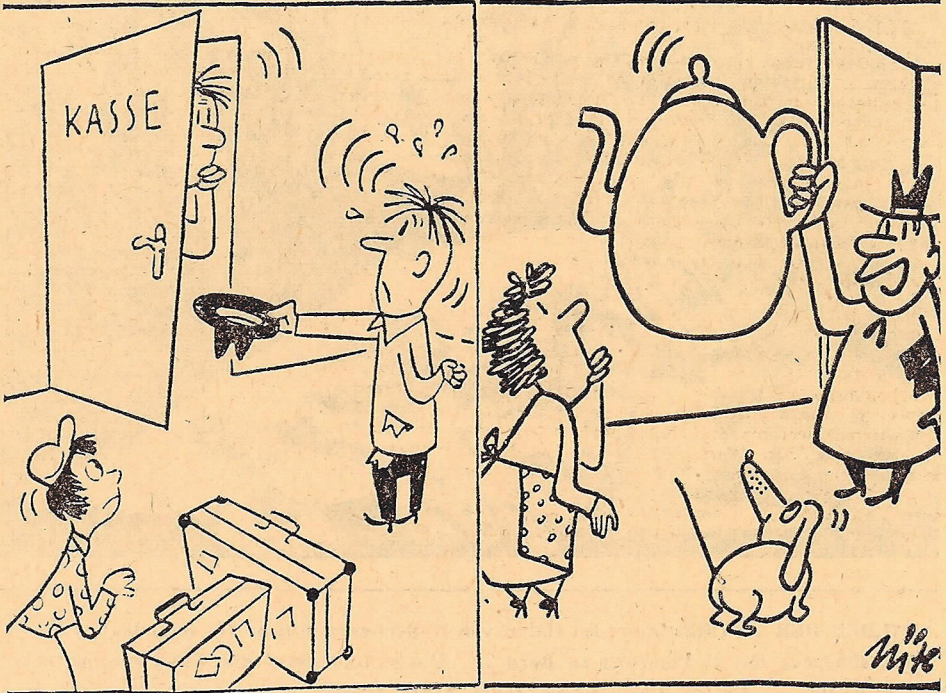
## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.  
Druck: W. Buxenstein, GmbH.

wesen war. Die Schaustellungen beim Traktorfahren und Stallungsbau waren mehr als lächerlich: Einige Dutzend Kilometer entfernt baut die volkseigene „Bau-Union“ gegenwärtig mit größtem Materialaufwand Flugplatzanlagen und Kasernen. Ein Bruchteil dieses Materials würde genügen, um die Oderbruch-Bauern aller Sorgen zu entheben. So aber werkt man auf vorsintflutliche Weise: Aus den verkommenen Trümmern verlassener Einzelbauerngehöfte sucht man Bretter und Steine für das Neue zusammen, jeder Arbeitstag im Oderbruch kostet auf diese Art und Weise das Mehrfache eines modernen Neubaus. Zehntausende wertvoller Arbeitsstunden werden mit dilettantischen Beschäftigungen verbracht, nur um dem Symbol des „Sozialistischen Sonnabend“ Genüge zu tun. Die Oderbruch-Bauern wissen: Jede echte Hilfe könnte, wenn man alle Kollektivierungsmaßnahmen unverzüglich rückgängig machen würde, auf zwei Jahre Sicht noch einiges retten. So aber ist alles besserer Unfug, der „Gemüsegarten Berlins“ wird unter der SED aufgehört, zu existieren. Angesichts dieser Tatsache vermag man nicht einmal Genugtuung darüber zu empfinden, daß einige der Schuldigen hier gelegentlich ihr Wochenende verbringen werden. ■■■

## Die neue Frühstückskanne ...



Wite aus dem Urlaub zurück!

... weil am 1. September der Kaffee billiger wird!

## Lob der Autorität

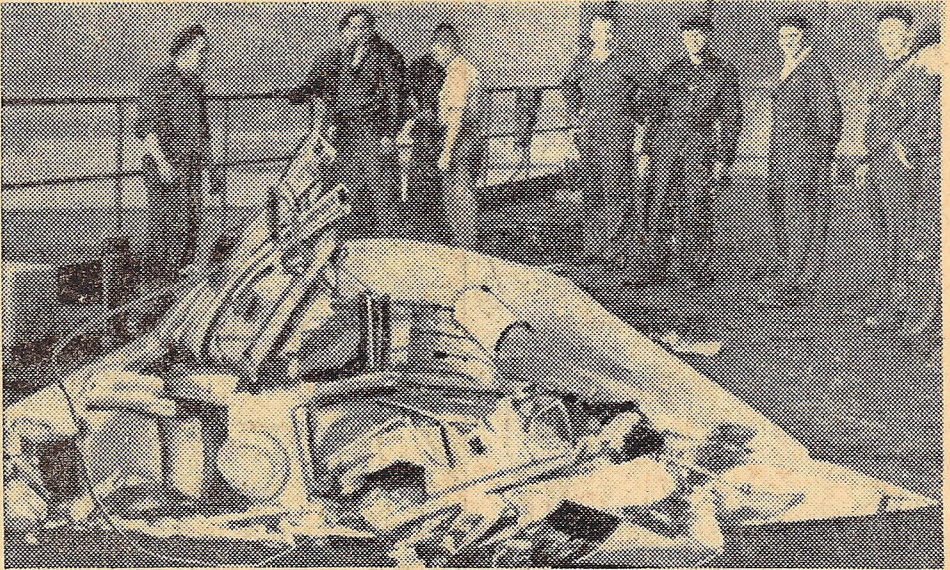
Fortsetzung von Seite 2

Diese war deshalb so schwach, weil sie in fast unerträglicher Weise von den Fraktionen abhängig war. Ihr abschließendes Ergebnis entsprach diesem Fehler. Wenn demgegenüber die Regierungsführung heute in erfreulichem Maße gestärkt ist, erst recht da ein geprägter Staatsmann sie seit Jahren innehat, so hat sie zwar eine besondere Autorität, aber sie ist deshalb in dem verdächtigen Sinne des Wortes noch nicht „autoritär“. Wir verlangen von dem Bundeskanzler, ganz gleich wie er heißt, daß er die Verfassung und die in ihr festgelegten Rechte der anderen Gewalten als echter Demokrat auf das genaueste achtet. Wir wünschen aber auch, daß er im Interesse einer

entschlossenen Regierungsführung und einer sauberen Gewaltenteilung auf keines der Rechte verzichtet, die ihm die Verfassung verleiht. Es ist Pflicht des Parlaments und nicht zuletzt auch der regierenden Partei, streng darüber zu wachen, daß die Regierungsführung diesen Grundsätzen entspricht. Wer den Mannesmut nicht hat, der manchmal vielleicht im Parlament oder in der Fraktion der Regierungspartei hierzu gehört, der ist ein schlechter Volksvertreter und sollte das Parlament wieder verlassen. Einem Regierungschef Ollenhauer oder Maier würden wir niemals einen Vorwurf machen, wenn er nach dem Vorbild Adenauers mit Autorität regiert. Wir würden

ihn aber anklagen, wenn er diese Autorität etwa an die Fraktionen verspielt.

Der frühere französische Botschafter in Bonn, François-Poncet, hat kürzlich im „Figaro“ darauf hingewiesen, daß gerade die Demokratien Autorität brauchen. Ein mit Autorität ausgestatteter Bundeskanzler sei für Deutschland und für die ganze Welt wertvoller als ein Regierungschef ohne Autorität. Was für Deutschland gelte, so meinte er, das treffe auch für einige andere Länder zu. Er hat Frankreich nicht genannt, aber er hat es sicher gemeint. Wer aber heute die Autorität des deutschen Regierungschefs als undemokratisch tadelte und zerredete und die „richtige“ Demokratie empfiehlt, der meint die Regierungsschwäche der sonst ehrenwerten Weimarer Republik, — und dafür danken wir,



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Im Hafen von Kopenhagen stürzte ein sowjetisches Verkehrsflugzeug mit 23 Personen an Bord ab. Unser Bild zeigt die Untersuchung der Wrackteile. — Unten: Chruschtschow fährt durch Ostberlin. Wie im Hintergrund zu sehen, drängen sich förmlich die Massen, um den sowjetischen KP-Chef zu begrüßen.

